

München, den 01. April 2016

Semesterticket am seidenen Faden: Studierendenvertretungen stimmen Kompromiss für Fortführung um ein Semester zu, kündigen Abstimmungen an

Am gestrigen Donnerstagabend haben sich die studentischen Parlamente der drei größten Münchener Hochschulen für die Verlängerung des Probebetriebs des Semestertickets im Wintersemester 2016/17 ausgesprochen. Abgestimmt wurde über einen durch die Landeshauptstadt München initiierten Kompromissvorschlag, welcher in der Mitte zwischen den Forderungen der Studierendenvertretungen und der Verkehrsunternehmen liegt.

Da die Verkehrsunternehmen trotz des bereits von 2 auf 3 Jahren erweiterten Probebetriebs kein Angebot für die dauerhafte Weiterführung des Semestertickets vorlegen konnten, wurde nun ein Kompromiss für eine nochmalige Verlängerung der Testphase um ein Semester entwickelt. Dieser Kompromiss wurde gestern in Sondersitzungen von den studentischen Parlamenten der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), der Technischen Universität München (TUM) und der Hochschule München (HM) nach intensiver Diskussion mehrheitlich angenommen. Die Umsetzung des weiteren Probebetriebs steht jedoch noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt München, des Verwaltungsrats des Studentenwerks sowie der Gremien der Verkehrsunternehmen, des Verkehrsverbundes (MVV) und des Freistaats Bayern.

Nur durch die Ausdehnung des Probebetriebs um ein weiteres Semester konnte ein Scheitern des Semestertickets vorläufig verhindert werden. Jedoch ist nicht absehbar, ob die Studierenden im Anschluss ein mehrheitsfähiges Angebot für die dauerhafte Fortführung des Semestertickets erwarten können.

Der Kompromissvorschlag mit einer Preiserhöhung um insgesamt 15,4 % wurde von der Landeshauptstadt München angestoßen und bewegt sich in der Mitte der Forderung des AK Mobilität der Münchner Studierendenvertretungen (5,3 %) und den vorläufigen Zahlen der Verkehrsunternehmen, die eine 26-prozentige Preiserhöhung errechnet haben. Das konkrete Angebot sieht die Verlängerung der Pilotphase für das kommende Wintersemester 2016/17 vor, mit einer Erhöhung des Solidarbeitrags auf 65,00 € (Steigerung um 4 %) und einer deutlich stärkeren Erhöhung der IsarCard Semester auf 189,00€ (Steigerung um 19,9 %), also auf insgesamt 254,00 € (Steigerung des Gesamtpreises um 15,4 % im Vergleich zum Sommersemester 2016).

„Ohne eine Vermittlung der Stadt München stünden wir vor dem Aus“, attestiert Nora Pohle, studentische Vertreterin in Senat und Hochschulrat der TUM. „Jedoch bleibt es offen, ob die in Teilen noch nicht belastbare Studie der Verkehrsunternehmen noch gerettet werden kann. Hier bauen wir auf die Sachkenntnis des MVV.“

Da es sich nur um eine einsemestrige Verlängerung des Semestertickets handelt, haben die studentischen Parlamente nach Abwägung aller Vor- und Nachteile davon abgesehen, für

diesen Zwischenschritt eine separate Befragung der Studierenden in Form einer Urabstimmung durchzuführen. Vielmehr werden die Studierenden nach Abschluss der Verhandlungen dazu aufgerufen, über das gesamte Verhandlungsergebnis zur dauerhaften Weiterführung ihre Stimme abzugeben.

„Die 15,4-prozentige Preiserhöhung ist eine bittere Pille. Eine weitere drastische Erhöhung für die langfristige Fortführung ab Sommer 2017 ist für uns nicht vertretbar“, so Constantin Pittruff, Vorstand des Studentischen Parlaments der HM.

Die wiederholten Äußerungen von MVG und S-Bahn in der Presse, dass auch andere Fahrgäste für das Semesterticket zahlen müssten, sind nicht haltbar. Auf Nachfrage der Studierendenvertretungen nach einer Aufstellung der konkreten Mehrkosten zur Verstärkung der Anbindung von Hochschulstandorten als vermeintliche Folge der Einführung des Semestertickets erklärte die S-Bahn, dass sie keinen einzigen Zug mehr einsetzen würde. Die MVG gab an, dass eine Aufstellung der Kosten nach Fahrgastgruppen nicht möglich sei. Durch ein allgemein gestiegenes Fahrgastaufkommen seien insgesamt Taktverstärkungen nötig gewesen. Besondere Taktverdichtungen aufgrund studentischer Mobilität können nicht nachgewiesen werden. „Wir verbitten uns, die Studierenden als Schmarotzer auf Kosten anderer Fahrgäste oder des Steuerzahlers hinzustellen, und damit ohne belegbare Nachweise von der Sachebene abzulenken. Solche Aussagen belasten das bereits angespannte Vertrauensverhältnis zusätzlich und unnötig, schließlich besteht das Interesse an einer für alle Seiten tragfähigen und fairen Lösung.“, so Alexander Blaut, Mobilitätsreferent der Studierendenvertretung der LMU.

„Jetzt liegt es an den Verkehrsunternehmen, Transparenz zu schaffen und die von ihnen in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie gegenüber dem Studentenwerk und den Studierendenvertretungen vollständig offen zu legen. Ansonsten ist keine weitere Verhandlungsbasis gegeben. Die Verkehrsunternehmen müssen mit einer Kundengruppe von mehr als 110.000 Personen und einem Jahresumsatz beim Semesterticket von knapp 40 Millionen Euro auf Augenhöhe verhandeln“, fordert Pohle.

Ansprechpartner:

Nora Pohle: Telefon +49 152 0154 1996

Email: presse@semesterticket-muenchen.de

Weitere Informationen unter:

www.semesterticket-muenchen.de

www.facebook.com/akmobilitaet